

FDGB unter neuer Flagge

SED bildet Arbeiterkomitees in den Staatsbetrieben

Die kommunistischen Gewerkschafter der Sowjetzone haben in den letzten Monaten manche Niederlage erlitten, Nachdem sich sogar die SED-Führung öffentlich von der „oft bürokratischen und arbeiterfeindlichen Tätigkeit einzelner FDGB-Organen“ distanzieren mußte, haben die Zonengewerkschaften kaum noch Einfluß auf die Arbeit in den Staatsbetrieben. Als jetzt die Arbeiter auf die Wiedereinführung der von der SED abgesetzten Betriebsräte drängten, standen die FDGB-Organen dieser Forderung ziemlich hilflos gegenüber. Die wenig später geforderte „Arbeiterselbstverwaltung“ nach jugoslawischem Prinzip aber veranlaßte die SED, über den FDGB hinweg zu handeln. So entstanden die jetzt vieldiskutierten „Arbeiterkomitees“.

Wer sich noch der vorletzten Volkskammersitzung entsinnt, mag sich erinnern, mit welcher ungewohnten Heftigkeit Ulbricht die „Arbeiterselbstverwaltung der volkseigenen Betriebe“ als „einfach unzumutbar“ bezeichnete und ihrer Einführung eine totale „Plan-Anarchie“ prophezeite,

Nun mag man zu dieser Form der Betriebsverwaltung stehen, wie man will: Ein größeres Chaos, als gegenwärtig in den VEBs, ließe sich selbst bei anfänglichen Pannen nicht denken! Worum geht es denn bei dieser „Arbeiterselbstverwaltung“ überhaupt?

Arbeiten — für wen?

Ein Arbeiter, der heute Produktionserfolge erzielt, hat davon keinerlei difekten Gewinn. Die übergeordneten Ministerien verwenden den durch ihn und seine Kollegen erzielten Profit für immer neue Investitionen in den Neugründungen der Schwer- und Rüstungsindustrie. Für den Export bestimmte Erzeugnisse werden zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt geworfen, nur damit die Zonenregierung überhaupt „ins Geschäft kommt“. Was die SED dafür importiert, wird zu Phantasiepreisen angeboten, wobei sich der Staats-

haushalt wieder ausgleichen läßt.

Hat ein „volkseigener“ Betrieb jedoch eine „Selbstverwaltung“ mit entsprechenden Vollmachten, kann diese mit den Ministerien auf einer völlig neuen Basis verhandeln. Produziert der Betrieb mit erheblichem Gewinn, müssen auch die Arbeiter an diesen Gewinnen beteiligt werden. Bevor der Staat die erzielten Gewinne verschleudern kann, überlegt die Betriebsverwaltung, welche Mittel sie für die eigene Automatisierung zurückbehalten will. Der Staat bekommt einen genügend großen prozentualen Anteil, im Rahmen dessen er nun selbst haushalten muß. Das gibt einen echten Arbeitsanreiz, unrentable Betriebe werden stillgelegt, modernisiert oder in der Produktion umgestellt und der Arbeiter spürt es an der Lohntüte, wenn „sein“ Betrieb gut geführt wird.

Es liegt auf der Hand: Wenn es eine solche „Arbeiterselbstverwaltung“ in der Sowjetzone gäbe, wären die Schaufenster wohl gefüllt, weil die Betriebe nach Angebot und Nachfrage produzieren, die Arbeiter hätten gerechte Löhne und kein Ulbricht könnte nach völlig überholten Plänen „Giganten

des Sozialismus“ aus der sowjetzonalen Erde stampfen. Vom Geld jener Arbeiter, die die SED zu ständig neuen Leistungssteigerungen treiben möchte.

Was aber sind demgegenüber die plötzlich von Ulbricht zugestandenen „Arbeiterkomitees“? Es sind aus SED-Funktionären, FDGB-Mitgliedern und „Parteilosen“ zusammengesetzte Gremien, deren Kandidaten offiziell vorgeschlagen werden, wobei eine „Wahl“ nur wenig personellen Spielraum läßt. Diese Komitees können — wie es heißt — an der betrieblichen Planaufstellung mitwirken, Einsicht in die Geschäftsführung nehmen und die Betriebsleitung „in personellen Fragen beraten“. Für jede von ihnen vorgeschlagene Änderung übernehmen die Komitee-Mitglieder die volle Verantwortung. Ein Passus, der allerlei Gefahren in sich birgt. Wesentliche Entscheidungen können nur mit Zustimmung der zuständigen Ministerien oder Hauptverwaltungen getroffen werden. Das Komitee darf über die Prämienverteilung mitentscheiden, aber nicht über Lohn- und Tariffragen.

Es liegt auf der Hand, daß dies keine „Arbeiterselbstverwaltung“ ist. Und die entsprechenden Instanzen von Partei und Gewerkschaften werden rasch die erforderliche Zusammensetzung dieser Komitees arrangieren.

Es liegt an den Arbeitern, wie weit sie diese Komitees entweder — wo der Betrug offenkundig wird — boykottieren oder dort, wo es möglich ist, zum Forum echten gewerkschaftlichen Kampfes machen. Die Diskussion um die Arbeiterselbstverwaltung der VEB aber bliebe davon unberührt...

Wir und die Ostvölker

D.T. Die politische Entwicklung im Raum zwischen dem Eisernen Vorhang und den Grenzen der Sowjetunion, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reicht, wird heute nicht mehr vom Ostpakt geprägt. Der ist, wie sich in den letzten Wochen gezeigt hat, ein Pakt kommunistischer Regierungen, an denen die Völker keinen Anteil haben. Sie verlangen vielmehr, daß die sowjetischen Truppen, die auf Grund des Paktes in ihrer Mitte stationiert sind, das Land verlassen. Sie fordern das als die entscheidende Voraussetzung ihrer inneren Freiheit und äußeren Unabhängigkeit, die sie unter allen Umständen wiederherstellen wollen. Diese Forderung wird, wie immer die gegenwärtigen Ereignisse ablaufen werden, nicht mehr verstummen.

Polnische „Gefühle und Regungen“

Die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen erhebt auch das polnische Volk, obwohl die polnische Regierung, anders als in Ungarn, sie sich noch nicht zu eigen gemacht hat. Aus den Reden, mit denen Gomulka die öffentliche Meinung in Polen zu beschwichtigen sucht, geht das klar hervor. Sie sind eine einzige Mahnung zur Ruhe und zur Disziplin an die gegen Moskau rebellierende Volksstimmung, — „damit Polen nicht in eine Lage gerät, in der sich heute Ungarn befindet“. Diese Gefahr will Gomulka vermeiden, ohne auf die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit — natürlich im Rahmen der sozialistischen Grundlagen des Staates — zu verzichten. Deshalb mahnt er unentwegt zur Besonnenheit: „Jeder Pole, der sein Land liebt und sich für die Sicherheit seiner Nation verantwortlich fühlt, versteht den heutigen historischen Augenblick. Es gibt jedoch Bürger und Genossen mit heißen Köpfen, die sich nicht vom Verstand, sondern nur vom Gefühl und von Regungen leiten lassen... Zum Wohle des Vater-

landes und um des Friedens willen in unseren Heimstätten werden wir Abenteuer und Unruhestiftungen nicht zulassen.“

Welche „Gefühle und Regungen“ es sind, die Gomulka zu mäßigen sucht, das bedarf kaum einer Erläuterung. Es sind die gleichen Regungen und Gefühle, die den ungarischen Volksaufstand mit der Forderung beherrschten, daß die sowjetischen Truppen das Land verlassen sollen. Sie sind heute in allen Ländern des Ostblocks deutlich zu spüren. Nur werden sie in Polen vom kühlen Verstande Gomulkas und von dem Vertrauen gezügelt, das er genießt. In anderen Ländern des Ostblocks werden sie von ganz oder halb stalinistischen Regierungen noch in ihrer öffentlichen Äußerung niedergehalten. Sie sind aber überall lebendig und bestimmen die Haltung der in den Ostblock eingezwängten Völker.

Mehr Mut zum Wagnis!

Diese Tatsache ist heute nicht mehr zu bezweifeln. Wir können aus ihr, deutlicher-als es bisher möglich war, die Folgerung ziehen, daß ein Abzug der sowjetischen Truppen mit Sicherheit zur inneren Freiheit und äußeren Selbständigkeit der Ostblock-Völker führen wird. Das ist der Kernpunkt, der das Freiheitsstreben dieser Völker mit dem deutschen Streben nach Wiedervereinigung verbindet. Den Willen zu einer aktiven „Zurückdrängung“ der sowjetischen Macht auf ihr eigenes Gebiet, der einmal vorübergehend das Leitmotiv der amerikanischen Politik war, bevor sie zu der passiven Methode der „Eindämmung“ überging, haben diese Völker in ihrem natürlichen Hunger nach Freiheit von innen her selbst übernommen. Das ist eine wichtige Aufhellung in der internationalen Lage. Es ist indessen nicht anzunehmen, daß Moskau seine über Polen führenden Verbindungswege zur sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und seine übrigen militärischen Positionen in den Ostländern aufgeben wird, bevor die deutsche Frage und die mit ihr zusammenhängenden Probleme ihre Lösung gefunden haben. Ihre Lösung wird auch den Ostvölkern den Weg zu einer natürlichen Ordnung auf der

Grundlage innerer Selbstbestimmung und äußerer Unabhängigkeit frei machen. Das ist die enge Verzahnung, in der das Freiheitsstreben dieser Völker mit der deutschen Wiedervereinigung steht: das eine fördert das andere.

Das ist ein Umstand, der die politische Bedeutung der Deutschlandfrage noch beträchtlich erhöht. Er sollte deshalb auch auf die Staatsmänner des Westens von Bonn über London/Paris bis Washington einen erhöhten Anreiz ausüben, alles mögliche und Vertretbare zu tun, um in der Deutschlandfrage mit neuen diplomatischen Mitteln vorwärtszukommen. Es ist durchaus richtig, wenn es in der Entschließung des Kuratoriums Anteilbares Deutschland, dessen Berliner Tagung unverständliches Bedenken in Bonn begegnete, heißt, daß das Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit der osteuropäischen Völker Veränderungen herbeigeführt hat, die auch für die Politik der Wiedervereinigung weitreichende Folgen haben können und die deshalb auch genutzt werden sollten. Wir nutzen sie am besten, wenn wir aus der gegenwärtigen Entwicklung den Mut zum größeren Risiko schöpfen. Wir wissen heute, welche unerhörten Opfer und Risiken die Freiheit den Völkern des Ostens und dem ungarischen Volke vor allem wert ist. Wir sollten ihrem Beispiel folgen und die eigene Bereitschaft zum Opfer und Risiko — wohlverstanden: zum diplomatischen Risiko! — erhöhen.

Veränderte Maßstäbe

Das kann allerdings nicht heißen, daß wir bis zu einer Lösung unserer Probleme geduldig wartend darauf verzichten, eine den Notwendigkeiten unserer Verteidigung angemessene militärische Stärke zu entwickeln. Der kürzlich in einer Note Bulganins enthaltene Hinweis, daß die Sowjets, wenn sie wollten, heute auch ohne Raketen- und Kernwaffen ganz Europa überrennen könnten, ist geradezu eine Aufforderung an Europa, gemeinsam alles zu tun, was das Risiko eines solchen Unternehmens erhöht.

Was wir neu bedenken müssen, das liegt auf dem poli-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Grenzposten erschöß Rotarmisten

Schwerer Zwischenfall auf österreichischem Gebiet

Wien (AP). An der österreichisch-ungarischen Grenze ist es zu einem schweren Zwischenfall gekommen, bei dem ein sowjetischer Soldat von österreichischer Polizei auf österreichischem Gebiet erschossen wurde. Ein zweiter wurde gefangengenommen.

Nach Mitteilung des Polizeikommissariates Eisenstadt waren die beiden Sowjetsoldaten bei Rechnitz im Burgenland auf österreichisches Gebiet vorgezogen. Eine österreichische Polizeistreife entwaffnete die Sowjets. Beim Abtransport flüchtete einer der beiden Rotarmisten. Die Polizisten eröffneten das Feuer auf ihn. Der Soldat brach mit einem Bauchschuß zusammen und erlag später seiner Verletzung.

Die österreichischen Behörden erklärten, sie bedauerten den Zwischenfall, doch müßte auch die sowjetische Armee die Unverletzbarkeit österreichischen Gebietes anerkennen. Dies werde, wie in diesem Falle, notfalls mit der Waffe erzwungen werden.

Berlin ist die Hauptstadt

Beschlüsse des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Berlin (Eigenbericht). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat zum Abschluß seiner dreitägigen Berliner Tagung in einer Reihe von Entschlüssen eine Überprüfung der bisherigen Wiedervereinigungspolitik sowie die Festigung der Stellung Berlins als deutsche Hauptstadt gefordert und zu Problemen der Wiedervereinigung Stellung genommen. Gleichzeitig appellierte das Kuratorium an die Westmächte, im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes und des Friedens, ein System der Sicherheit für Europa zu schaffen, das nicht auf einem geteilten, sondern auf einem wiedervereinigten Deutschland beruht.

Die Wiedervereinigung könne, so heißt es in der Entschlüsselung weiter, entscheidend gefördert werden, wenn Mitteldeutschland eine vom Volk legitimierte Vertretung erhält. Die Überprüfung der Wiedervereinigungspolitik wird mit der Feststellung begründet, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation das Streben der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit zu Veränderungen geführt habe, die auch für die Politik der Wiedervereinigung weitreichende Folgen haben

werde. Mit Völkern, die um ihre staatliche Unabhängigkeit ringen, betonte das Kuratorium nachdrücklich seine Verbundenheit.

Ferner werden Bundestag und Bundesrat in einem Aufruf aufgefordert, zu beschließen: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Die Organe der Bundesrepublik, die Bundesministerien und sonstigen Institutionen des Bundes sollen alsbald nach Berlin verlegt werden, soweit nicht aus zwingenden Gründen einzelne Bundesbehörden bis zur Wiedervereinigung noch in Bonn verbleiben müssen.“ Bauten für oberste Bundesbehörden sollen nur noch in Berlin ausgeführt werden. Mit dem Wiederaufbau des alten Reichstages und der Errichtung eines neuen Parlamentsgebäudes in Berlin ist nach Ansicht des Kuratoriums unverzüglich zu beginnen. Außerdem sollen die Freie und die Technische Universität zu hauptstädtischen Universitäten ausgebaut werden. Allen auf Bundesebene tätigen Verbänden und Organisationen wird nahegelegt, ihren Sitz ebenfalls nach Berlin zu verlegen. Diese Forderungen werden im Bundestag als Antrag eingebracht.

Zehn Jahre Berliner Parlament

Festakt im Abgeordnetenhaus

Berlin (Eigenbericht). In Anwesenheit von Bundespräsident Heuss und des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat das Berliner Abgeordnetenhaus am Montag den 10. Jahrestag des ersten Zusammentritts der Berliner Stadtverordnetenversammlung festlich begangen. In dem mit Blumen und Fahnen geschmückten Sitzungssaal des Schöneberger Rathauses waren

die Repräsentanten Berlins, zahlreiche Gäste, unter ihnen der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe, sowie die drei Westberliner Stadtkommandanten erschienen.

Bundespräsident Heuss erklärte, Berlin habe in der Vergangenheit durch seinen Freiheitskampf waffenlos einen Sieg für das deutsche Ansehen errungen.

Die Sowjets im nahen Osten

DT. Auch wenn in den letzten Tagen keine neue Sowjetnoten mit „Freiwilligen“-Drohungen die Zuversicht der friedlich gesonnenen Welt erschütterten, kann man nicht von einer fortschreitenden Besserung der weltpolitischen Krise sprechen. Da kommen Meldungen von einer Entwaffnung der rumänischen Truppen durch die Sowjets, von bulgarischen Unruhen und verschärften Gegensätzen zwischen Jugoslawien und dem stalinistischen Albanien. Es kommen schwer nachprüfbare, aber mit allen bösen Wahrscheinlichkeiten behaftete Nachrichten von bevorstehenden kommunistischen Aktionen in Syrien. Der Ostblock gärt weiter. Aber der Nahe Osten brennt, und der UN-Löschzug am Suez dürfte kaum über genügend Schläuche verfügen, dieses weiterschwelende Feuer zu beseitigen. Hinter allem steckt Moskau, scheinbar unbeteiligt. Aber das eine ist festzustellen, daß Moskau zumindest die weitreichende Lunte gelegt hat, die in Ägypten angesteckt wurde.

Und die Türkei?

Die Türkei warnt vor diesen Möglichkeiten in Syrien, die den politischen Himmel erneut verdüstern. Die Türkei ist lediglich interessiert an Vermeidung einer neuen Katastrophe in der arabischen Welt. Trotz des Bagdad-Paktes mit Pakistan, Irak, Iran und Großbritannien billigt sie keineswegs Edens Vorgehen gegen Ägypten, wie es übrigens auch nicht die anderen Teilnehmer des Bagdad-Paktes tun. Die Türkei muß aber schon durch ihre Lage ein wachsameres Auge haben auf alle aggressiven und subversiven Aktionen des Kommunismus in ihrer Umgebung. Und diese Türkei stellt die Möglichkeit eines neuen durch die sowjetischen Waffenlieferungen vorbereiteten Coups mit Ausgangspunkt Syrien fest. Die Türkei warnt. Es ist an der Zeit und sollte zu einem tiefgründigen, aber schnellen Denken und Handeln der UN beitragen, sich mit dem blutigen Geschäft der Waffenlieferungen und damit

der Unruhestillung entscheidend zu befassen. Zumal dies auch die Vorstufe aller Freiwilligen-Aktionen ist, die man seit dem spanischen Bürgerkrieg zu unrecht als etwas Vergangenes abgetan hatte.

Moskau denkt nicht daran

Was aber können die Vereinten Nationen hier Fortschrittliches beschließen und vor allem: zur allgemeinen und internationalen Durchführung bringen? Was kümmert das die Sowjets? Die Sowjets, deren Verhalten in Ungarn so deutlich zeigt, wie wenig sie sich von UN-Beschlüssen imponieren lassen? Die UN mögen die Situation am Suez weitgehend gerettet und durch das entschlossene Eingreifen ihres Generalsekretärs — vielleicht — eine weltweite Ausdehnung des Konflikts verhindert haben. Aber es bleibt Tatsache, daß die Westmächte, England und Frankreich, wenn auch widerstrebend die UN respektieren, während Moskau gar nicht daran denkt. Gewisse Kreise im Westen scheinen tatsächlich der Meinung zu sein, die Sowjets seien bereit, Vernunft anzunehmen. Doch darauf zu bauen, jedenfalls jetzt in diesem Augenblick, ist nicht nur gewagt, sondern überaus gefährlich. Ihre Brutalität in Ungarn und im besonderen ihr aufschlußreiches Vorgehen gegen Imre

Nagy lassen so starke Zweifel an einer vernünftigen Bereitschaft Moskaus in der Gegenwart aufkommen, daß es kaum zu fassen ist, wenn Oppositionspolitiker just in diesem Augenblick Möglichkeiten für fortschrittliche Lösungen zu sehen vorgeben, um die alte These von der Neutralisierung Deutschlands zu erhärten, während die weitgehend neutralen westlichen Nachbarländer der Sowjetunion, wie Jugoslawien und das neue Polen, um ihre Existenz bangen und zu weitgehenden Konzessionen an Moskau bereit sein müssen.

Suche nach dem Sündenbock

Die Notwendigkeit, eine feste und in sich gefügte Gemeinschaft zu bilden, war für die freien Völker nie zwingender als jetzt. Die britisch-französische Extratour zum Suez macht das am deutlichsten. Es scheint, als habe man das in Paris erkannt, als beginne man dort realistisch endlich einzusehen, daß es nicht mehr im „nationalen“ Stile des 19. Jahrhunderts geht. In Paris ist diese Einsicht eher festzustellen als das unselbstkritische Suchen nach einem Sündenbock, der in diesem Falle der Amerikaner wäre — obgleich er es ist, der besonnen nicht nur dem Weltfrieden dient, sondern auch das völlige Absinken der arabischen Welt in den sowjetkommunistischen Sumpf verhindert.

Boykott gegen Sowjetschiffe

Der zweite Fall in Dänemark

Kopenhagen (DPA). Zum zweitenmal binnen weniger Tage ist in einem dänischen Hafen ein sowjetisches Schiff boykottiert worden. Das sowjetische Motorschiff „Korssakow“ konnte am Dienstag in dem jütländischen Hafen Frederikshavn keine Maschinenreparatur durchführen. Verschiedene dänische Firmen weigerten sich, den Auftrag zu übernehmen.

Bereits am vergangenen Sonnabend hatten sich dänische Hafendarbeiter geweigert, das sowjetische Frachtschiff „Wjatscheslaw Molotow“ im Hafen von Kopenhagen zu beladen. Das Schiff mußte nach London

weiterfahren, ohne die bereitliegende Ladung an Bord zu nehmen.

Atomversuche bei UN anmelden

New York (DPA). Der nordwestliche Außenminister Lange hat in der allgemeinen Debatte der UN-Vollversammlung vorgeschlagen, daß alle Versuche mit Kernwaffen in Zukunft im voraus den UN angesagt werden sollten. Eine derartige Vereinbarung könnte ein erster Schritt für eine Regelung der Frage der Atomwaffenversuche sein. Möglicherweise könnte damit auch eine Verminderung der Versuche erreicht werden.

So sind sie wirklich:

Sonntagsredner der Einheit

Wer vergangene Woche die von tiefem Ernst und echter Verantwortung getragene Tagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ verfolgte, mag sich ernstlich fragen: Was wird in diesen Monaten eigentlich im Prachtbau des „Nationalrates der Nationalen Front“ am Ostberliner Thälmannplatz getan?

Die Antwort muß verblüffen: Das Präsidium des „Nationalrates“ hat soeben beschlossen, die Zahl der „Haus- und Hofgemeinschaften der Nationalen Front“ bis zum 1. April 1957 um 30 Prozent zu erhöhen und den Monat Mai zum „Kampfmonat“ unter der Landbevölkerung zu machen. Der „Nationalrat“ hat seit mehr als anderthalb Jahren nicht eine einzige Tagung abgehalten, die sich ernstlich mit Fragen der Wiedervereinigung befaßte. Kein Mitglied seines Präsidiums ist sich auch nur im entferntesten darüber klar, wie eine friedliche Wiedervereinigung vollzogen werden kann, und was in ihrem Fall veranlaßt werden muß. Am wenigsten aber weiß dies der „Präsident“ selbst, der Vorsitzende des Nationalrats, Prof. Dr. Erich Correns...

„Was muß man da tun?“

Correns ist einer jener so-wjetzonalen Wissenschaftler, die — in streng bürgerlichem Rahmen aufgewachsen — gutgläubig der SED zum Opfer fielen und von dieser als Tarnung für bestimmte Taktiken des kommunistischen Kampfes laufend mißbraucht werden. Der im Mai 60 Jahre alt gewordene Correns stammt aus einer angesehenen Tübinger Beamtenfamilie. Er hat sich bereits als junger Akademiker nach dem ersten Weltkrieg einen Namen in der Kunstfaserindustrie gemacht. Weil seine erste Frau Jüdin war, geriet er unbeabsichtigt in den Strudel nationalsozialistischen Rassenwahns und ging zu einer etwas abstrakten Abart des Antifaschismus über. Er sah nicht die Diktatur, sondern nur ihre Exponenten und fiel sofort auf die neuen Diktatoren her-

ERICH CORRENS



ein, nur, weil sie die von ihm Gehafteten bekämpften.

Die Kommunisten wollten ihn 1945 zum Bürgermeister von Leipzig machen. Er antwortete auf das Angebot nur weltfremd: „Ja, bitteschön. Aber — was muß man denn da tun?“ Da ließen sie ihn im stillen Stübchen weiterarbeiten und holten ihn erst 1947 wieder — nun als Direktor des Schwarzaer Kunstfaserwerkes „Wilhelm Pieck“ — aus der „Bürgerlichen-Kartei“ hervor. 1950, auf dem I. Nationalkongreß der Nationalen Front, zu dem ihn sein Betrieb als Delegierten schickte, wurde er überraschend als Vorsitzender des Präsidiums gewählt. Ein Jahr zuvor gab ihm die SED den Nationalpreis III. Klasse, für den er ihr eine moderne Kunstfaserindustrie aus dem Nichts heraus schuf.

Welcher Ruhm ist größer?

Unfähig, das System, dem er diene, zu durchschauen, trat der Zwiespalt an den zuweilen eitlen Mann heran: Welcher Ruhm ist größer — der der Wissenschaft oder der der Politik? 1951 gaben sie ihm das „Institut für Faserstoff-Forschungen“ in Teltow-Seehof, um ihn von der fachlichen Arbeit der Betriebsführung zu entlasten. Nun eilte Correns zwischen Ostberlin und Teltow

hin und her, um sich in Politik und Wissenschaft zu teilen. Die Volkskammer setzte ihn als Abgeordneten für den Bezirk Chemnitz ein, die Akademie ernannte ihn zum Professor. Pieck gab ihm den „Vaterländischen Verdienstorden“ in Gold — eine für einen „Bürgerlichen“ ungewöhnlich hohe Auszeichnung — und die Nordkoreaner bedachten ihn mit dem Staatsbannerorden.

So dekoriert, präsiidierte er fortan der „Nationalen Front“, half „Haus- und Hofgemeinschaften“ organisieren und wunderte sich nur zuweilen, daß so wenig über die Wiedervereinigung theoretisiert werden sollte. Dem exakten Wissenschaftler mag das befremdlich angekommen sein: Ein Chef eines obersten „Wiedervereinigungs“-Gremiums, der nur als Dekorations- und Ausstellungsstück fungiert! Der mit einem Gehalt von 2800 Ostmark monatlich eine politische Nebenfunktion ausübt, die andererseits fast einem Minister-rang entspricht.

„Die machen das ohne mich!“

Er selbst nimmt das alles von der repräsentativen Seite. Eine wissenschaftliche Konferenz ist ihm lieber als eine Tagung des Nationalrats der Nationalen Front, die ihn langweilt und für die ihn nur die Tatsache entschädigt, daß sein Bild und seine Rede einen Tag später auf den Titelseiten aller Zeitungen prangen. Und tagen sie einmal, während er irgendeinen wissenschaftlichen Kongreß besucht, beschwichtigt er die Frager: „Ach, die in Berlin, die machen das ohne mich!“ Die „Nationale Front“ ist für ihn ein Ding wie ein technisch-wissenschaftlicher Verein, dem man halt als Ehrenpräsident angehört, ohne sonderlich von ihm gepackt zu sein. Die SED freut dies nicht wenig: Correns ist ein bequemes Aushängeschild. Wie schön, wenn man einen solchen Mann unter die in Moskau geschulten Galgenvögel der kommunistischen Einheit mischen kann...

Eigenberichte aus Budapest

Wie die SED-Presse ihre Leser über Ungarn informiert

Seit knapp zwei Wochen bringt eine Reihe sowjetzonaler Zeitungen kontinuierlich „Eigenberichte“ ihrer Sonderkorrespondenten aus Budapest. Wer mehrere dieser Blätter zugleich verfolgt, wird sich bereits über die Uniformität dieser „Erlebnisberichte“ gewundert haben. Gleichzeitig erweisen sich die dort vermittelten Informationen als derart unrichtig und ganz offensichtlich den Tatsachen widersprechend, daß jeder ungarisch sprechende Sowjetzonenbürger diese Berichte allein auf Grund der offiziell von Radio Budapest gesendeten Nachrichten und Kommentare dementieren kann. Die folgenden Begebenheiten mögen dies zum Teil erklären.

Als die Regierung Kadar dank der Unterstützung sowjetischer Panzer die Macht in Budapest übernahm, befanden sich in der ungarischen Hauptstadt insgesamt acht sowjetzonale Journalisten. Diese wurden daraufhin von ihren Zeitungen aufgefordert, sich mit dem neugebildeten Informationsamt des Kabinetts Kadar in Verbindung zu setzen und bis auf weiteres als Korrespondenten in Budapest zu bleiben.

Zwei Tage später berichteten die Journalisten übereinstimmend, daß es ihnen nicht möglich sei, die Hauptstadt zu verlassen und daß sie „bis zur Klärung der Lage“ einer täglichen Pressebesprechung beiwohnen dürften, die gemeinsam von Vertretern des ungarischen Außenministeriums, des Informationsamtes und einer sowjetischen Verbindungsstelle veranstaltet würde.

Reise im Sowjetkonvoi

Erst Mitte November wurde einer kleinen Gruppe deutscher, polnischer und jugoslawischer Journalisten gestattet, sich einer Inspektionsfahrt des Budapester Sowjet-Hauptquartiers anzuschließen. Diese Blitzfahrt führte durch Nord- und Ost-Ungarn und dauerte insgesamt drei Tage. Man erklärte in den meisten Orten den Korrespondenten, sie sollten aus Sicherheitsgründen nicht die von Sowjetsoldaten geführten Arme-Omnibusse verlassen. Den Journalisten wurde dafür ein laufender Kommentar sowjetischer Presseoffiziere gegeben.

Erst als sich zwei polnische und ein jugoslawischer Journalist weigerten, diese Art der Information anzuerkennen und damit drohten, ihren Zeitungen an Stelle der angekündigten Berichterstattung einen entsprechenden Hinweis anzufempfehlen,

wurden Einzel-Interviews mit der ungarischen Bevölkerung gestattet. Sofort nach der Rückkehr in die ungarische Hauptstadt veranstalteten die Kadar-Leute und sowjetische Offiziere eine erneute Pressekonferenz, auf der das Ergebnis der Rundfahrt „ausgewertet“ wurde. Der fast acht Tage später vom „Neuen Deutschland“ veröffentlichte „Erlebnisbericht“ seines stellvertretenden Chefredakteurs Georg Stibi entspricht dabei in verblüffender Form dem Bulletin des ungarischen Informationsamtes, das gleichzeitig an alle sowjetzonalen Redaktionen ging. Stibi wie auch der „BZ-am-Abend“-Redakteur Hans Preuß beziehen ihre „Eigeninformationen“ also tatsächlich von den örtlichen Presseoffizieren, ohne selbst die Möglichkeit zu haben, die Lage in Ungarn ernstlich zu untersuchen.

Der Fall Nagy

Wie sehr sich die SED-Presse dabei von der Sowjetzensur lenken läßt, erwies sich am Wochenende im Fall Imre Nagy. Nachdem die Budapester Sowjetbehörden den ungarischen Ministerpräsidenten unter eklatantem Wortbruch aus der Jugoslawischen Botschaft — in der Nagy Asyl genoß — gelockt und nach Rumänien verschleppt hatten, schlugen sowohl die polnischen als auch die jugoslawischen Journalisten Alarm. In jeder Belgrader und Warschauer Zeitung konnte man tags darauf in mehr oder weniger offener Form die Durchführung dieses Banditenstreiches nachlesen. Was aber machten die SED-Korrespondenten? Stibi und sein Redaktionskollege Werner Kolmar berichteten wortgetreu im „Neuen Deutschland“ die von den Budapester Sowjetbe-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

hören am Sonnabend abgegebene Erklärung, die diese selbst einen Tag später teilweise widerrufen mußten.

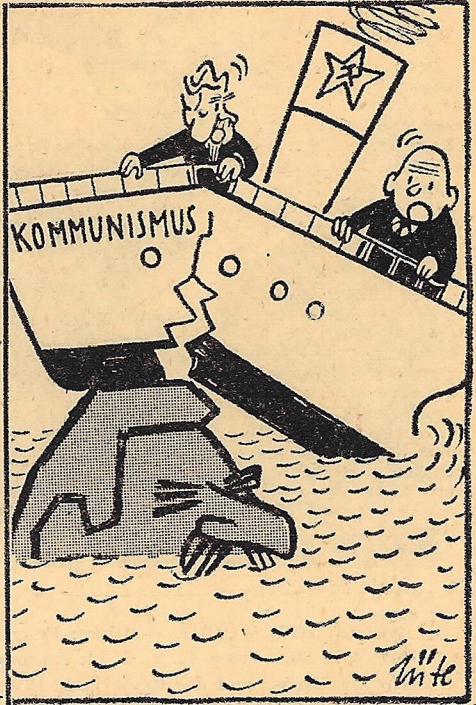
SED stoppt Berichte

Die Schuld an solcher Rückgratlosigkeit darf jedoch nicht allein bei den kommunistischen Journalisten gesucht werden. Bereits vor vierzehn Tagen gab die Abteilung Presselenkung des SED-Zentralkomitees auf einer Arbeitsbesprechung Ostberliner Chefredakteure bekannt, daß man sich bei der Berichterstattung über Ungarn auf „offizielle“ Bekannthaben beschränken möge. Die Aufgabe der Korrespondenten aber sei es, „gute Kontakte“ zu den Budapester Presseoffizieren zu halten.

Es ließe sich noch mehr dazu berichten. Aber bereits diese wenigen Einblicke mögen zeigen, daß man gegenwärtig auf die Ungarn-Berichterstattung der SED-Blätter gut und gerne verzichten kann. Selbst der Warschauer Rundfunk dürfte in seinen deutschsprachigen Sendungen für die Zonenbevölkerung zur Zeit eine bessere und objektivere Berichterstattung bieten.



Kugelstoßen



„Nikita, wir sind leck“

Wir und die Ostvölker

(Fortsetzung von Seite 2)

tischen Gebiet und auf dem der Methode. Wir werden davon ausgehen müssen, daß wir uns auf den Freiheitsdrang der osteuropäischen Völker ebenso verlassen können wie auf den unverzichtbaren Willen der Bevölkerung der Zone, wieder mit allen Deutschen vereint in einem Staate eigener Ordnung zu leben. Wir können diesen Deutschen unter wachsam gesicherten Voraussetzungen einiges zumuten, was sie zu tragen und richtig zu handhaben wissen, wenn sie einmal zur Entscheidung aufgerufen werden. Wir sollten uns ferner — das gilt zugleich für die Sache und die Methode — dichter und offener als bisher an die Kernfragen des Deutschlandproblems diplomatisch herantasten: an den politischen und militärischen Status eines wiedervereinten

Deutschland und an seine Stellung in einem europäischen Sicherheitssystem, das angesichts der Entwicklung in den osteuropäischen Ländern zweifellos einen höheren Wert gewonnen hat. Es gibt hier gewiß eiserne Grenzen, die der verantwortliche Staatsmann bedenken muß, aber für eine einfallreiche Diplomatie gibt es immer auch neue Wege, die an den unverrückbaren Grenzen vorbei zu einer Lösung führen können. Die Werte, die wir bewahren müssen, bleiben unverändert; aber die Maßstäbe, die wir an die Methoden ihrer Sicherung legen, verändern sich.

Mit veränderten Maßstäben sollten wir nicht nur an das Gespräch mit Moskau herangehen, das gegenwärtig in der ganzen Welt stockt, aber zu gegebener Zeit wieder aufgenommen werden muß, sondern auch

an unsere Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern. Gerade weil die Entwicklung in diesen Ländern so eng mit unserer eigenen Aufgabe der Wiedervereinigung verknüpft ist, können sich hier gemeinsame Interessen ergeben, deren Wahrung beiden Teilen nützt. Wir sollten mit ihnen eine Form diplomatischen Verkehrs finden, die unsere Aufgabe der Wiedervereinigung nicht beeinträchtigt und selbstverständlich (im Falle Polen) unsere Haltung gegenüber den deutschen Ostgrenzen nicht präjudiziert, deren Regelung wir aus Rechtsgründen dem Friedensvertrag vorbehalten müssen.

Die Welt hat heute andere Sorgen als die deutsche Frage. Sie liegen im Machtkampf des Kremls, sie liegen in Ungarn und Ägypten. Doch sollten wir uns schon jetzt für eine umfassende Aktivität an allen Fronten der Deutschlandfrage rüsten.



BILDER DER WOCHE. — Oben: Festgäste bei der Zehnjahresfeier des Berliner Abgeordnetenhauses (v. r. n. l.): Bundesminister Jakob Kaiser, Bundespräsident Theodor Heuss und der Regierende Bürgermeister Dr. Suhr. — Unten: UN-Truppen in Port Said. Eine norwegische Einheit marschiert im Auftrage der Vereinten Nationen zur Befriedung der Lage im Nahen Osten in die ägyptische Hafenstadt ein.

